

ANFRAGE von Wilma Willi (Grüne, Stadel) und Silvia Rigoni (Grüne, Zürich)

betreffend Überwachung an SBB-Bahnhöfen im Kanton Zürich

Mitte Februar 2023 wurde bekannt, dass die SBB grössere Bahnhöfe mit neuen Kameras zur Gesichtserfassung ausrüstet. Gemäss Ausschreibung soll „eine Person während der gesamten Aufenthaltsdauer im Bahnhof eindeutig erkannt werden können“ und nach Geschlecht, Altersklasse und Grösse erfasst werden. Dieses Vorhaben dient vornehmlich kommerziellen Zwecken und löste eine grosse Welle von Kritik und Bedenken aus. Die SBB ergänzte anschliessend die offizielle Ausschreibung auf der Beschaffungsplattform Simap damit, dass keine Identifikation von Personen möglich sein solle. Fachpersonen bleiben skeptisch und machen darauf aufmerksam, dass Alters- und Geschlechterkennung nicht ohne Gesichtserkennung funktioniert. Es gibt Zweifel, ob künftig Grundrechte der Fahrgäste bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs gewährleistet sind. Auch wenn ein Bahnhof Eigentum der SBB und somit ein privates Grundstück ist, hat er einen Öffentlichkeitsaspekt durch die Nutzung des ÖV, der nicht von der Hand zu weisen ist. Im Benützungsgesetz heisst es unmissverständlich: «Als öffentliche Bereiche werden diejenigen Teile des Areals der SBB bezeichnet, welche öffentlich zugänglich sind». Aus unserer Sicht sind öffentliche Bereiche der SBB somit dem öffentlichen Raum gleichgestellt.

Ein grosser Teil der Nutzer*innen der Zürcher Bahnhöfe sind Kund*innen des ZVV. Dieser plant, finanziert und koordiniert den öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich. Die Abgrenzung zwischen ZVV und SBB ist manchmal nicht ganz einfach und deshalb stellt sich die Frage nach der Rolle des Kantons Zürich bei Fragen des Datenschutzes im Bahnhof. Die Haltung der Regierung, dass die Wahrung des Datenschutzes und der Grundrechte im privaten Raum nicht Sache der Regierung sei, greift im Falle von Bahnhöfen zu kurz. Immerhin ist die Volkswirtschaftsdirektorin als Präsidentin des Verkehrsrats in einer einflussreichen Position, wenn es um die Zusammenarbeit von ZVV und SBB geht.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Haltung vertritt der Regierungsrat betreffend des Einsatzes der genannten Technologie an den Bahnhöfen im Kanton Zürich? Wie stellt er sich zum Schutz der Grundrechte und der Daten der Fahrgäste des ZVV?
2. Wurde der Regierungsrat, beziehungsweise der Verkehrsrat über den Einsatz von diesen neuen Kameras vororientiert? Wenn ja, welche Abklärungen wurden seitens Regierungsrats betreffend Bahnhöfe im Kanton Zürich getroffen?
3. Wie kann der Regierungsrat die Interessen der ZVV-Kund*innen bei der Nutzung der SBB-Infrastruktur sicherstellen? Welche Einflussmöglichkeiten hat der Regierungsrat über den ZVV, wenn es um den Schutz der Grundrechte der Fahrgäste des ZVV geht?
4. Wie und mit welchen Mitteln wird sichergestellt, dass bei einem Einsatz dieser Technologien die SBB-Reisenden informiert sind, dass sie und ihre Daten beim Betreten des Bahnhofes erfasst und ausgewertet werden und wie sie dies verhindern oder ablehnen könnten?

Wilma Willi
Silvia Rigoni